

Wann wird der Westen das Selbstverteidigungsrecht der Palästinenser öffentlich anerkennen?

Ilan Pappé, palestinechronicle.com, 11.08.22

Der letzte brutale israelische Angriff auf den Gazastreifen hat einmal mehr die heuchlerische und unmoralische Reaktion des Westens auf die anhaltend völkermörderische Politik des Staates Israel in den besetzten Gebieten offenbart. Die Fortsetzung der gefühllosen Politik und die Reaktionen der westlichen Regierungen, insbesondere der amerikanischen und britischen, können selbstverständlich zu Verzweiflung und Lähmung führen.

Wann werden die führenden Politiker des Westens das Recht der Palästinenser:innen sich zu wehren, öffentlich anerkennen - so wie sie es zum Beispiel in der Ukraine unternehmen?

Verzweiflung und Untätigkeit sind jedoch ein Luxus, den sich die unter Apartheid, Belagerung und Besatzung leidende palästinensische Bevölkerung nicht leisten kann; daher sollte auch die Solidaritätsbewegung ihr Bestes tun, um nicht in ein Gefühl der Hilflosigkeit und Hoffnungslosigkeit zu verfallen. Es ist wichtig, die fortgesetzte Unaufrichtigkeit des Westens, wie sie sich auch dieses Mal wieder gezeigt hat, zu benennen, diese Doppelzüngigkeit zu verurteilen und ihr entgegenzuwirken, indem die Fälschungen und Verzerrungen, auf denen sie beruht, aufgedeckt werden.

Der amerikanische Präsident, das Außenministerium und der amerikanische Gesandte bei den Vereinten Nationen haben in Reaktion auf den israelischen Angriff „das Recht Israels auf Selbstverteidigung unterstützt“, ebenso wie der britische Außenminister, der im September wahrscheinlich der nächste Premierminister sein wird. Es ist eigentlich unglaublich, diese Aussagen zu hören: Zu einer Zeit, in der jede größere Menschen- und Bürgerrechtsorganisation auf der Welt Israel als Apartheidstaat bezeichnen, haben sich die westlichen politischen Eliten dafür entschieden, das Recht auf dessen Selbstverteidigung zu bejubeln.

Wir sollten nicht müde werden, die Welt daran zu erinnern, dass die Palästinenser:innen:innen das Recht haben, sich selbst zu verteidigen, und dass sie nur über sehr begrenzte Mittel verfügen, um dies zu tun, sei es durch bewaffneten Kampf oder durch Berufung auf internationales Recht und Institutionen. In vielen Fällen waren sie nicht in der Lage, sich selbst zu wehren, weder in Gaza in diesem Monat noch irgendwo anders im historischen Palästina seit 1948. Wenn es ihnen doch gelingt, werden sie als Terroristen beschuldigt. Die westlichen Regierungen scheinen sich nur wenig zu kümmern um das Recht der Palästinenser:- innen auf Leben, Würde und Eigentum. Die UNO verpflichtete sich in der Resolution 181 vom 29. 11. 47 dazu und beobachtete untätig, als alle diese Rechte während der ethnischen Säuberung Palästinas verletzt wurden. Seitdem und insbesondere seit 1967 hat keine der westlichen Regierungen jemals versucht, die Palästinenser:innen zu schützen, wenn die

israelische Armee auf sie schoss, sie tötete oder verwundete - mit Waffen, die vom Westen geliefert oder mit seiner Hilfe entwickelt wurden. Sie haben auch nichts unternommen, als ihre Häuser zerstört, ihre Lebensgrundlage vernichtet wurde oder als sie ethnisch gesäubert wurden.

Wir können allein den Juli 2022 betrachten und einige der palästinensischen Opfer aufzählen, deren Recht auf Selbstverteidigung vom Präsidenten der USA oder dem britischen Außenminister nicht anerkannt wurde. Die Politiker haben geschwiegen, als in diesem Monat **Saadia Faragallah-Mattar**, eine 64-jährige Mutter von 8 Kindern und eine Großmutter von 28 Kindern, im Gefängnis von Damon starb, wo sie bereits 6 Monate ohne Gerichtsverfahren inhaftiert war. Niemand hat im selben Monat das Recht auf Leben von **Amjad Abu Aliya** verteidigt oder anerkannt, einem 16-jährigen Jungen, der von israelischen Soldaten erschossen wurde.

Die Liste der Ermordeten in diesem Monat ist lang. Sie umfasst **Nabil Gahnem**, 53 Jahre alt, der versuchte, von seiner Arbeit in Israel sicher nach Hause zurückzukehren und im Juli von israelischen Soldaten erschossen wurde, und **Taher Khalil Mohammad Maslat**, einen 16-jährigen Jungen, der auf dem Weg zur Schule von israelischen Scharfschützen ermordet wurde, die aus 100 Metern Entfernung auf ihn zielten und ihn töteten. **Odeh Mahmoud Odeh** wurde im Juli in al-Midya, einem Dorf in der Nähe von Ramallah, erschossen, in einer Woche, in der auch **Ayman Mahmoud Muhsein**, 29 Jahre alt, Vater von drei Kindern und seit drei Jahren politischer Gefangener, im Lager Dheisheh in der Nähe von Bethlehem und **Bilal Awad Qabha**, 24 Jahre alt, in Yabad ermordet wurden.

Zu Beginn des Monats wurde **Muhammad Abdulla Salah Suleiman**, ein Junge aus Silwan, auf der Route 60, einer Apartheidstraße für Siedler, von israelischen Soldaten von einem Wachturm aus erschossen. Die israelischen Soldaten hinderten einen palästinensischen Krankenwagen daran, ihn zu erreichen, indem sie auf jeden zielten, der sich ihm näherte, und ließen ihn zwei Stunden lang bluten. Muhammad starb später an seinen Verletzungen.

Auch in der Nähe des Zauns zum Gazastreifen sind israelische Wachtürme verteilt, die jedoch nicht besetzt sind. Sie sind mit Maschinengewehren bestückt, die junge israelische Soldatinnen aus der Ferne bedienen. Sie wurden vom israelischen Rundfunk als Heldinnen bei der Verteidigung ihres Heimatlandes gefeiert, als sie erklärten, wie sie mit einem Joystick an ihrem Computer jeden töten, der sich dem Zaun nähert.

Seit dem 1. Januar 2022 und bis zur Ermordung von **Shireen Abu Akleh** töteten die israelischen Streitkräfte 61 Palästinenser:innen; diese Tötungen gehörten zur Politik des „Shoot-to-kill“ gegen Palästinenser:innen des ehemaligen israelischen Premierministers Naftali Bennett, der tödliche Gewalt gegen Palästinenser:innen anregte, die keine unmittelbare Bedrohung darstellten. Während des Ramadan wurden in diesem Jahr Hunderte von Menschen verletzt, vor allem im Haram al-Sharif.

Und die Zahl der Todesopfer ist bei diesem letzten Angriff noch gestiegen. Kinder wie **Momen Salem**, 5 Jahre, und **Ahmad al-Nairab**, 11 Jahre, in Jabaliya wurden zusammen mit 14 weiteren Kindern im Alter zwischen 4 und 16 Jahren getötet.

Der Staat Israel schlägt nun der Hamas vor, was es der Palästinensischen Autonomiebehörde angeboten hat - das Modell eines offenen Gefängnisses, in dem die Eingesperrten der Gnade der israelischen Gefängniswärter ausgeliefert sind und als Gegenleistung für „gutes Benehmen“ begrenzte Grundrechte auf Leben und Arbeit erhalten.

Das Modell des „offenen Gefängnisses“ wird durch ein Modell des „Hochsicherheitsgefängnisses“ ersetzt, zu dem die kollektive Bestrafung in Form von Luftangriffen, Belagerung und einer langen Liste von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehört.

Ähnliches Schweigen dröhnte laut und deutlich, als in der palästinensischen Gemeinde Ras al-Tin 18 Familien, im vergangenen Monat Juli aus ihren Häusern vertrieben und Familien in Masafer Yatta zur Zielscheibe der israelischen Militärausbildung wurden. Niemand in London oder Washington redete im vergangenen Monat Juli über das Recht der Palästinenser:innen, sich selbst zu verteidigen, nachdem der Oberste Gerichtshof Israels den Plan der Armee genehmigt hatte, etwa tausend Palästinenser:innen aus der Region Masafer Yatta zu vertreiben.

Und niemand unter den offiziellen Vertretern im Westen spricht über das Recht der Palästinenser:innen sich zu verteidigen, wenn sie von Israel gefoltert werden. Im vergangenen Juli erfuhren wir vom *Public Committee against Torture in Israel* – „Offizielles Komitee gegen Folter in Israel“ (*PCATI*), dass sich die Situation so verschlimmerte, dass sie beschlossen haben, den Staat Israel vor den Internationalen Strafgerichtshof zu bringen.

Das *PCATI* kam zu dem Schluss, dass Israel „nicht daran interessiert und nicht in der Lage ist, die Anwendung von Folter gegen Palästinenser:innen einzustellen“; eine Politik, die ein Kriegsverbrechen darstellt. Nach 30 Jahren des Kampfes gegen die Folter sei man „zu dem bedauerlichen Schluss gelangt“, dass Israel nicht gewillt sei, die Folter zu beenden, die Beschwerden der Opfer ehrlich zu untersuchen und die Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen.

Palästinensische Kinder sterben auch wegen der israelischen Politik, den Kindern des Gazastreifens medizinische Genehmigungen zur Ausreise zu verweigern. Zwischen 2008 und 2021 sind rund 840 Kinder gestorben, während sie auf eine Erlaubnis warteten.

Niemand in den westlichen Medien oder in der etablierten Politik redete über das Recht der Palästinenser:innen, die diesen Monat durch israelische Schüsse verstümmelt wurden, sich zu verteidigen. Nassim Shuman, ein Student, der auf einer Seitenstraße in der Nähe von Ramallah spazieren ging, verlor ein Bein, und sein Freund Ussayed Hamail sitzt gelähmt im Rollstuhl, nachdem sie von israelischen Soldaten beschossen worden waren. Ein ähnliches Schicksal erwartete in diesem Monat Harun Abu Aram aus Yatta, der vom Kopf bis zu den Zehen gelähmt blieb, er hatte versucht, die Soldaten daran zu hindern, den Generator seines Nachbarn zu stehlen.

Im Juli wurden wir mit der schrecklichen Geschichte von Ahmad Manasra konfrontiert, der im Alter von 13 Jahren inhaftiert wurde und einen psychischen Zusammenbruch erlitt. Trotz der Aufforderung der UNO, ihn freizulassen, hat der Staat Israel ihn in Einzelhaft gesteckt.

Und es fehlt uns die Zeit, die Palästinenser:innen aufzuzählen, die als menschliche Schutzschilde missbraucht wurden, deren Häuser zerstört, deren Felder niedergebrannt und deren Geschäfte zerstört wurden. Sicherlich hatten sie alle das Recht, sich zu verteidigen - aber wer hat sie unterstützt? Nicht die internationale Gemeinschaft, nicht die Palästinensische Autonomiebehörde, nicht die PLO, wo immer sie sich auch befindet, nicht die palästinensischen Führungspersonlichkeiten im Staat Israel, nicht die arabische Welt. Sollen sie dann ohne jegliche Verteidigung bleiben, und das auch in Zukunft?

Der Staat Israel schlägt nun der Hamas vor, was es der Palästinensischen Autonomiebehörde angeboten hat - das Modell eines offenen Gefängnisses, in dem die Eingesperrten der Gnade der israelischen Gefängniswärter ausgeliefert sind und als Gegenleistung für „gutes Benehmen“ begrenzte Grundrechte auf Leben und Arbeit erhalten. Jeder Versuch, ein freies, normales Leben zu führen, wird sofort als Terrorismus gebrandmarkt, und die Macht der Armee wird umgehend aktiviert. Das Modell des „offenen Gefängnisses“ wird durch ein Modell des „Hochsicherheitsgefängnisses“ ersetzt, zu dem die kollektive Bestrafung in Form von Luftangriffen, Belagerung und einer langen Liste von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehört.

Ich frage noch einmal: Wer wird die Palästinenser:innen davor bewahren, sich in der Westbank und im Gaza-Streifen zwischen zwei grausamen Optionen entscheiden zu müssen? Keiner bietet eine dritte Option an. Wann werden die führenden Politiker des Westens das Recht der Palästinenser:innen sich zu wehren, öffentlich anerkennen - so wie sie es zum Beispiel in der Ukraine unternehmen? Und wann wird es uns in der Solidaritätsbewegung gelingen, diese Führer dazu zu drängen, aktiv zu werden, so dass wir alle in der Lage sind, das nächste Töten, Verstümmeln und Vertreiben unschuldiger Palästinenser:innen zu verhindern? Hoffentlich bald, bevor es zu spät ist.

Bis dahin sollten die Palästinenser:innen, die sich selbst verteidigen, unsere volle Unterstützung und Achtung erfahren.

Quelle: <https://www.palestinechronicle.com/when-will-the-west-publicly-endorse-the-right-of-the-palestinians-to-defend-themselves/?fbclid=IwAR1HXQjVw57N2j9b6TpWTtIncS4RfH.JBoWO5sen1L8O81orf4wVY1bzArlo>

Übersetzung: Pako –palaestinakomitee-stuttgart.de